

# Aktuelle Chronik

**Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. bis 30. September 1972**

UWE G. FABRITZEK

Die vorliegende Chronik soll umfassend über die relevanten Ereignisse im asiatischen Raum informieren, wobei Daten und Fakten im einzelnen quellenmäßig belegt werden, um über die aktuelle Information hinaus zu einer Art Nachschlagewerk für Interessierte wie Fachleute zu werden.

Das Quellenmaterial ist aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich und setzt sich vorwiegend aus Nachrichtenagenturen, Monitordiensten und der internationalen Presse zusammen. Um den Rahmen der Darstellung nicht zu sprengen und innerhalb des gesetzten Limits zu bleiben, wird im Einzelfall auf Hintergrundmaterial sowie weiterführende Darstellungen verwiesen.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist prinzipiell nicht vorgesehen, da dies der Umfang der Chronik nicht zuläßt, doch bestimmt auch hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Region Süd-, Südostasien, Indochina und Ostasien unterteilt; innerhalb dieser Regionen wird die Entwicklung in den einzelnen Staaten nachgezeichnet, wobei eine Unterteilung in Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik in den meisten Fällen notwendig erschien. Eine exakte Trennung dieser Bereiche ist auf Grund der Komplexität der Ereignisse und des Interaktionsverhältnisses dieser Bereiche nicht möglich und wird auch nicht angestrebt.

Zum Berichtszeitraum: Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit der neuen Form der „Aktuellen Chronik“ hat es sich als notwendig und zweckmäßig erwiesen, den Berichtszeitraum derart zu verschieben, daß jeweils über das volle Quartal, das vor dem Erscheinungsmonat liegt, berichtet wird. Dementsprechend erfaßt diese Chronik lediglich den Monat September 1972, während Heft 2/1973 den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1972 abdecken wird.

U.G.F.

## Abkürzungen

ADN	– Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR
AFP	– Agence France Press, Frankreich
AIR	– All India Radio, Indien (nach MD)
ATA	– Albanian Telegraph Agency
BTA	– Bulgarian Telegraph Agency
CTK	– Československá Tisková Kancelár (Agentur der CSSR)
DPA	– Deutsche Presseagentur, BRD
FCN	– Free China News (Taipeh)
FAZ	– Frankfurter Allgemeine Zeitung
FE	– Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London
FEER	– Far Eastern Economic Review, Hongkong
HNA	– Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London
ISI	– Indian Standards Institutions, Rundfunk Indien
Isv	– Isvestija, Moskau
JAT	– The Japan Times, Tokio

JMJP	— Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking
KCNA	— Korean Central News Agency, Nordkorea
KMJP	— Kuang-ming Jih-pao, VR China
Kr. Sv.	— Krasnaja Svesda, Moskau
MD	— Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
MENA	— Middle East News Agency, Ägypten
MTI	— Magyar Tavirati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
NCNA	— New China News Agency, VR China
ND	— Neues Deutschland, DDR
NZ	— Neue Zeit, Moskau
NZZ	— Neue Zürcher Zeitung
PAP	— Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens
Pr	— Prawda, Moskau
PR	— Peking Rundschau, Peking
R.	— allgemein für Radio
RD	— Rabotnicesko Delo, Bulgarien
RP	— Radio Peking (nach MD)
SCMP	— South China Morning Post, Hongkong
SZ	— Süddeutsche Zeitung, München
TASS	— Telegrafnoje Agenstwo-Sowetskowo Ssojusa, UdSSR
TST	— The Straits Times, Manila
USIS	— United States Information Service
VNA	— Vietnam News Agency, Nordvietnam
W	— Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, Weekly Report

## A. Südasien

### 1. Bangla Desh

**Innenpolitik** Maulana Bhashani, Führer der prochinesischen „National Awami Party“ (NAP) führte am 3. September in Dacca eine Kundgebung mit mehr als 20 000 Teilnehmern durch, auf der er gegen die Politik Mujibur Rahmans anging und anschließend einen „Hungermarsch“ zum Regierungssitz führte. Er beschuldigte die Regierung Bangla Desh in eine Hungersnot, wirtschaftlichen Bankrott und Gesetzlosigkeit zu führen (JAT 5. 9. 72). Anzeichen für die sich zuspitzende innenpolitische Situation ist die Erklärung von Innenminister Abdul Mannan am 10. September, da bisher über 4000 Schmuggler verhaftet worden seien. Er kündigte die Einrichtung von 400 Kontrollposten an der Grenze an und attackierte „antisoziale Elemente die als Agenten Chinas und Pakistans versuchen das Volk durch provokative Slogans in die Irre zu führen“ (R. Dacca 11. 9. FE 4094). Premierminister Rahman rief selbst wiederholt zur Bekämpfung der „antisozialen Elemente“ auf und kündigte gleichzeitig Maßnahmen gegen Beamte an, in deren Machtbereich diese „Elemente“ weiterhin aktiv seien. Im Hinblick auf die Ernährungslage gab er seiner Besorgnis über die hohen Preise sowie das Verteilungssystem Ausdruck und versprach Abhilfe (R. Dacca 18. 9., FE 4097). Am 23. 9. wurden 19 Mitglieder der „Awami Liga“ wegen Korruption und Machtmißbrauch aus der Partei und der Verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen, weitere Säuberungen angekündigt (R. Dacca 22. 9., FE 4101, AFP 24. 9. 72). Am 27. September wurde außerdem die Verhaftung aller Mitglieder der „Friedenskomitees“ wegen des Verstoßes gegen das Kollaborationsgesetz angekündigt (R. Dacca 27. 9., FE 4105).

**Außenpolitik** Mit der Anerkennung durch Obervolta (8. 9.) und den Vatikan (25. 9.) sowie die Aufnahme in den Internationalen Weltwährungsfond (IMF), die Weltbank, die International Development Association (JDA), die internationale Gewerkschaftsorganisation (JLO) und in die Interparlamentarische Union (JPU) ist die internationale Position Bangla Deshs weiter gefestigt worden. Im Hinblick auf die Beziehungen zu P a k i s t a n machte Mujibur Rahman nach einem Kurzbesuch in Neu Delhi am 14. 9. erneut deutlich, daß es direkte Kontakte erst nach der Anerkennung durch Pakistan geben werde (MD 15. 9., R. Dacca 14. 9., FE 4094). Das chinesische Veto gegen die Aufnahme von Bangla Desh in die Vereinten Nationen trug dabei zu einer weiteren Verschärfung des Verhältnisses nicht unwesentlich bei (NZZ 16. 9. 72).

Ergänzend führte Premierminister Nasrul Islam zu diesen Themenkomplex aus, daß alle Gerüchte über ausländische Truppen in Bangla Desh unzutreffend und auf „unverantwortliche“ Zeitungsberichte zurückzuführen seien (R. Dacca 10. 9., FE 4090). Großbritannien's Wirtschaftsminister Geoffrey Rippon besuchte vom 19. bis 20. September Bangla Desh, wo er aufgefordert wurde, den Einfluß Englands auf Pakistan geltend zu machen, um die Repatriierung von Bengalis zu beschleunigen (MD 20. 9. R. Dacca 25. 9.).

Zu den Wirtschaftsbeziehungen zu Indien führte Handelsminister N. R. Sidki aus, daß die Regierung ernsthaft die Beendigung des Grenzhandels zwischen beiden Staaten erwäge, da das Verhältnis des Warenaustausches 1:49 zugunsten Indiens stehe (R. Dacca 24. 9.; W 692). (vgl. Indien)

Eine Reihe von Staaten erklärte ihre Hilfsbereitschaft zum Aufbau von Bangla Desh: Mit dem Irak wurde ein Handelsabkommen unterzeichnet (FE 4090), während die U S A ein Abkommen über die Errichtung von insgesamt 6 Brücken unterzeichneten (W 692) und Schweden eine Hilfe von 70 Mio. Kronen für das Budget 73/74 in Aussicht stellte (W 690).

## 2. Pakistan

**Innenpolitik** Erziehungsminister Abdul Hafiz Pirzada kündigte am 31. August die Verstaatlichung von 176 privaten Colleges mit Wirkung vom 1. August an (FE 4082), was zu Protesten und zahlreichen Verhaftungen insbesondere von Angehörigen christlicher Schulen führte (JAT 3. 9. 72). Große Unruhe innerhalb der Regierung verursachte ein Treffen oppositioneller Politiker am 10. September in London, wobei der sogenannte „London-Plan“ ausgearbeitet wurde, der eine Konföderation zwischen Indien, Bangla Desh, Afghanistan und den vier Provinzen Pakistans fordert (FE 4091, 4092, NZZ 14. 9. 72). In einer Rede am 15. 9. antwortete Bhutto indirekt auf diese Forderungen, indem er ankündigte, daß für Pakistan ein föderatives parlamentarisches System mit einem aus zwei Kammern bestehenden Parlament geschaffen werden solle, was eine weitgehende Autonomie der Provinzen bewirken würde (FE 4095).

Im Hinblick auf die Ernährungslage wurde am 4. September bekanntgegeben, daß die Regierung die Einführung der Rationierung von Nahrungsmitteln in den Grenzgebieten beabsichtige, um damit den Schmuggel zu unterbinden und eine Beruhigung der Preise zu erreichen (W 690).

**Außenpolitik** In den Beziehungen zu Bangla Desh ergaben sich trotz erneuter Gesprächsangebote von Präsident Bhutto keine Veränderungen, da Bangla Desh weiter auf der Anerkennung als Voraussetzung für Gespräche besteht. Mit Indien wurde am 14. 9. vereinbart, am 16. und 17. September Zivilinternierte auszutauschen (FE 4094); eine Einigung über den ursprünglich auf den 3. September festgesetzten Truppenabzug entsprechend dem Abkommen von Simla konnte jedoch noch nicht erzielt werden (MD 20. 9. 72) (vgl. Indien). Mit den U S A wurde am 20. September ein Abkommen über die Stundung von Schulden in Höhe von 50,1 Mio. Dollar unterzeichnet, dem eine Vereinbarung über Warenlieferungen in Höhe von 60 Mio. Dollar folgte (Dawn 21. 9. 72). Der Kredit dient zur Finanzierung von Warenimporten für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft und hat eine Laufzeit von 40 Jahren bei einem Zinssatz von 2<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. Mit Großbritannien wurde ebenfalls ein Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 4 Mio. Pfund (zinsfrei, Laufzeit 25 Jahre) vereinbart (Dawn 8. 9. 72).

Eine rege Reisetätigkeit führte pakistanische Politiker und Wirtschaftler in den Nahen Osten und nach Afrika, die vor allem der Diskussion politischer Fragen aber auch solcher der wirtschaftlichen Zusammenarbeit diene. Unter anderem besuchte Landwirtschaftsminister Raisani Uganda, Kenia, Tansania, Sambia, Mauritius sowie Ägypten (FE 4097), während eine Handelsdelegation u. a. Kuwait und Libyen besuchte.

Außerdem wurden im September folgende Verträge unterzeichnet: Ein Nahrungsmittelhilfsabkommen mit der Bundesregierung am 5. 9. über die Lieferung von 15 000 t Weizen (MD 6. 9. 72); ein Kulturabkommen mit Algerien am 7. 9. (Dawn 8. 9. 72); ein Abkommen mit der UdSSR über die Regelung der offenen Import- und Exportverträge am 16. 9. (W 692) sowie ein Handelsvertrag mit Malawi am 25. 9. (Dawn 25. 9. 72). Mit Cypem wurde am 21. September die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (Dawn 21. 9. 72).

### 3. Indien

**Innenpolitik** Das am 31. August ausgesprochene Verbot der Zentralregierung von drei Naga-Organisationen soll der Befriedung dieses Gebietes dienen; gleichzeitig wurde ein Eingreifen der Armee für den Fall angekündigt, daß sich die Unruhen fortsetzen (FE 4082). Ministerpräsidentin Frau Indira Ghandi erklärte dazu am 6. September, daß Indien nur dann wirtschaftlich erstarren könne, wenn sowohl die Gefahren von innen als auch die von außen überwunden werden könnten, wobei sie gleichzeitig für eine „friedliche Revolution mit demokratischen Mitteln“ eintrat, die „unbedingt notwendig“ sei, um die Gesellschaft den Bedürfnissen des Volkes entsprechend umzuformen (FE 4087). Zu Unruhen kam es im Zusammenhang mit Studentendemonstrationen in Patna, die zu einer Schließung der Universität mit Wirkung vom 8. September führten (FE 4088), während in Karachi die Bodenreform zu blutigen Auseinandersetzungen führte (JAT 12. 9. 72). Ende September kam es in einem Kriegsgefangenenlager in Madhya Pradesh erneut zu einem Aufstand, bei dem sechs Pakistani erschossen und 19 indische Soldaten verletzt wurden (SZ 5. 10. 72).

**Wirtschaftspolitik** Einer offiziellen Zählung zufolge gab es im September 1971 12,8 Mio. Rundfunkempfänger in Indien, womit auf jeweils 43 Inder ein Radio entfällt (W 690). Im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage erklärte Frau Ghandi am 7. 9. in Bombay, daß die „ernste Lage nur mit kämpferischen Mitteln behoben werden“ könne (ISI 7. 9. 72). Schwierigkeiten gibt es auch bei der Erntewirtschaft, da die geplante Produktion von 23 000 Megawatt nicht erreicht wurde, so daß auch für 1972 Stromknappheit besteht (W 690). Ursache für die wirtschaftliche Lage ist u. a. eine hohe Auslandsverschuldung bzw. Rückzahlungsverpflichtungen. Allein für 1972/73 belaufen sich diese ohne Zins auf 1,82 Mio. Rupien. Hauptschuldner mit etwa 55% am Gesamtanteil sind die USA. In der Liste der Geberstaaten des Indienkonsortiums führt Japan vor Großbritannien und den USA, gefolgt von der Bundesrepublik und Frankreich (NZZ 17. 9. 72).

**Außenpolitik** Die Beziehungen zu Bangla Desh sind von zunehmenden Spannungen gekennzeichnet. Während in politischen Fragen Einigkeit demonstriert wird, bestehen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, die vor allem durch den Schmuggel bedingt sind. Als einschneidendste Maßnahme wurde ab 1. September der Paß- und Visazwang für Reisen zwischen beiden Staaten eingeführt (JAT 2. 9. 72). Am 14. September traf Premierminister Rahman in Delhi mit Frau Gandhi zusammen, an dessen Ende Rahman „volle Übereinstimmung zwischen beiden Staaten“ verkündete (FE 4903). Die Vereinbarung mit Pakistan, bis zum 4. 9. die Demarkationslinie in Kashmir zu markieren, die Voraussetzung für einen beiderseitigen Truppenabzug ist, konnte nicht eingehalten werden, wofür als Grund „kartographische Schwierigkeiten“ angegeben wurden. Dahinter stehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob für die Demarkationslinie die Positionen vom 17. 9. 71 oder die seit 1949 von den Vereinten Nationen überwachten zugrunde gelegt werden sollen. Am 30. September kam es zu neuen Schießereien an der Kashmir-Grenze, über deren Ursachen widersprüchliche Meldungen vorliegen (FAZ 4. 9., NZZ 6. 9., FE 4087, 4088, FAZ 2. 10. 72) (vgl. auch Pakistan). Nach der Weigerung Südvietnams, die Visa der 20 indischen Vertreter bei der internationalen Kontrollkommission mit Sitz in Saigon nach der Anerkennung von Nordvietnam zu verlängern, verlegte Indien den Sitz seiner Delegation nach Hanoi (JAT 22. 9. 72).

Mit der UdSSR wurde am 19. September ein Abkommen über die Bildung einer gemeinsamen Kommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit gebildet (TASS 19. 9. 72), und am 22. September traf Planungsminister D. P. Dhar mit Ministerpräsident Kossygin in Moskau zu Gesprächen über wirtschaftliche und politische Fragen zusammen (ISI 23. 9. 72). Berichte, daß Indien Moskau den Transit von Waffenlieferungen nach Nordvietnam gestattet habe, wurden am 28. September als „absolut grundlos“ zurückgewiesen (FE 4106).

Staatspräsident Venkata Giri begann am 14. September eine Afrika-Reise, die ihn u. a. nach Äthiopien, wo er mit Kaiser Haile Selassie zusammentraf, Tansania und Sambia führte (AIR 25. 9., FE 4102, NZZ 29. 9. 72). Zu Auseinandersetzungen wegen der Ausweisung indischer Staatsbürger kam es mit Uganda, wobei Indien die Ausweisung kritisierte und die Entschädigung als „völlig unzureichend“ bezeichnete (NZZ 6. 9., FE 4103–06). Mit Ägypten

wurde am 23. September ein Handelsabkommen unterzeichnet, das einen Export indischer Waren im Werte von 310 Mio. Rupien in der Zeit vom 1. 10. 72 bis 30. 9. 73 vorsieht (W 692). Mit Mauritius wurde ein Kredit in Höhe von 23 Mio. Rupien mit einer Laufzeit von 20 Jahren unterzeichnet (am 5. 9. AIR 5. 9. 72). Zu Gesprächen über die künftigen Beziehungen Indiens zu Großbritannien und den europäischen Gemeinschaften hielt Geoffrey Rippon am 22./23. September in Neu Delhi auf (FE 4101, 02).

#### 4. Sri Lanka

Trotz Warnungen der Regierung traten am 1. September mehr als 6000 Bankangestellte wegen ergebnisloser Verhandlungen über bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in den Streik (TST 2. 9. 72). Schwierigkeiten kündigen sich im Hinblick auf die Tamilen-Frage an, da die Einheitsfront dieser Volksgruppe (etwa 13 Mio.) mit einer „direkten Aktion“ ohne Gewaltanwendung gegen die neue Verfassung Sri Lanka angehen will, von der sie sich benachteiligt fühlt. Die Aktionen sehen den Boykott von Schulen, Geschäften und Kirchen vor, sein Beginn wurde für den 2. Oktober festgesetzt (SZ 3. 10. 72).

#### 5. Nepal

Die innenpolitische Krise fand durch eine Gegenprotestaktion von Ministerpräsident Bista am 2. September ihre Fortsetzung, wobei Bista die Beschuldigung gegen Parlament und Regierung zurückwies (FE 4085). Am 9. September setzte sich König Birendra in einer Botschaft an die Nation für eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten ein und kündigte die Ausdehnung der Grundschulziehung von bisher 32 auf 64% der Schulkinder innerhalb der nächsten fünf Jahre an (HNA 9. 9. 72). Am 10. September wurde ein „Nationaler Entwicklungsrat“ gegründet, der künftig für alle wirtschaftspolitischen Fragen verantwortlich sein soll (FE 4091). Mitte September setzte sich Premierminister Bista ein weiteres Mal für die Beibehaltung des gegenwärtigen Panchayat-Systems ein und kündigte an, daß die Regierung alles tun werde, jeder diesbezüglichen Herausforderung zu begegnen (FE 4098). Trotz der ergriffenen Maßnahmen sind diese Reden Hinweise darauf, daß eine Befriedung der innenpolitischen Situation bisher nicht erreicht wurde.

Die Zwischenfälle an der Grenze mit Indien haben eine Fortsetzung gefunden: nachdem am 24. 8. erstmals das Eindringen bewaffneter Männer gemeldet wurde, kam es am 17. September zu einem ähnlichen Zwischenfall, bei dem mehrere Angreifer von der Polizei erschossen wurden (Dawn 22. 9. 72). Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet von wesentlich mehr Zwischenfällen und von einer anti-indischen Stimmung in Nepal (NCNA 6. 9. 72).

## B. Südostasien

### 1. Indonesien

**Innenpolitik** Offiziellen Angaben zufolge wurden im August im Grenzgebiet von Sarawak und Kalimantan 16 kommunistische Guerillas getötet, während 240 weitere verhaftet und eine Anzahl von Waffen sichergestellt wurden (TST 6. 9. 72); gleichzeitig wurde von der Armeeführung erneut vor der kommunistischen Subversion gewarnt (FE 4092).

Am 23. September stimmte das Repräsentantenhaus einem Acht-Punkte-Vorschlag über Möglichkeiten zum Schutz der einheimischen Industrie zu. Er sieht vor allem stärkere Verwendung einheimischer Produkte durch Behörden und eine Einschränkung der Importerlaubnis für ausländische Güter vor. Außerdem soll das Kreditverfahren vereinfacht, das Steuersystem verbessert und die Maßnahmen gegen den Schmuggel verstärkt werden (Antara 25. 9 72).

**Außenpolitik** Außenminister Adam Malik besuchte vom 5. bis 8. September Bangla Desh zu Gesprächen über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. In einem Abschlußkommuniqué wurde der gemeinsamen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß alle Pro-

bleme auf dem indischen Subkontinent auf dem friedlichen Wege ohne ausländische Einmischung geregelt werden sollten; neben einer Vereinbarung, die bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Kultur und der Technologie zu intensivieren, trat Indonesien nachdrücklich für die Aufnahme in die UNO ein (FE 4086, 88). Zu den Beziehungen zur Volksrepublik China erklärte Malik am 11. September, daß die Kontakte „noch eingefroren“ seien und eine Normalisierung erst verwirklicht werden könne, wenn China die Hilfe für die Kommunisten und Auslandschinesen in Indonesien einstellen würde (FE 4091).

Mit Rumänien wurde am 11. September ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, das vor allem eine Kooperation im Bereich des Bergbaues und der Forstwirtschaft vorsieht (Antara 11. 9. 72, W 690). Am 4. September traf Helmut Kohl, Ministerpräsident der Rheinland-Pfalz, zu einem fünftägigen Besuch in Djakarta ein, wo er am 8. 9. von Präsident Suharto empfangen wurde; in seinen Gesprächen standen die bilateralen Beziehungen im Vordergrund (Antara 8. 9., FE 4050).

## 2. Malaysia

Am 21. September begann Premierminister Tun Abdul Razak eine Europareise, die ihn in die Schweiz, Österreich, Polen und in die Sowjetunion führte. Mit Polen wurde ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet und der Austausch von Wirtschaftsdelegationen vereinbart (PAP 29. 9. 72); ein ähnliches Abkommen wurde am 4. Oktober mit der Sowjetunion unterzeichnet, wo Razak u. a. von Ministerpräsident Kossygin empfangen wurde (TASS 2., 4. 10. 72).

Im Verhältnis zur Volksrepublik China ergaben sich insofern neue Aspekte, als die Teilnahme des chinesischen Botschafters am Empfang zum Nationalfeiertag Malaysias Anfang September in London als eine Geste Pekings für sein Interesse an der Normalisierung der Beziehungen zu Indien gewertet wird (NZZ 16. 9. 72).

Außerdem wurden im September folgende Abkommen unterzeichnet:

- Ein Luftfahrtabkommen mit Pakistan am 7. 9. (Dawn 8. 9. 72)
- Ein Wirtschaftsabkommen mit Jugoslawien am 8. 9. (AFP 9. 9. 72)
- Ein Abkommen mit der amerikanischen Gummifabrik „Goodyear“ über die Errichtung eines gemeinsamen Produktionsunternehmens (SCMP 16. 9. 72) und
- Ein Abkommen mit Kanada über eine Anleihe in Höhe von 50 Mio. US-Dollar (SCMP 16. 9. 72).

Ministerpräsident Razak gab am 5. September bekannt, daß die „Alliance-Party“ und die „Malayan Islamic Party“ übereinkamen, eine Koalition auf Staats- und Bundesebene zu bilden (FE 4086).

## C. Indochina

### 1. Burma

Am 12. September traten die Vorsitzenden des „Central Security and Administrative Committee“ (CSAC) und die der „Security and Administrative Committee“ (SAC) in Rangun zusammen, um über das Genossenschaftswesen zu diskutieren. Dabei trat der Innenminister und Vorsitzende des CSAC, U Sein Mya, für eine enge Zusammenarbeit der einzelnen Genossenschaften ein und forderte eine Kontrolle des privaten Sektors der Wirtschaft. In Übereinstimmung mit dem Genossenschaftssystem von 1970 wurde beschlossen, die Genossenschaften nach dem System der SACs zu reorganisieren (FE 4093, 96). Diese Diskussion scheint dabei insofern von Bedeutung gewesen zu sein, als kurz darauf, am 22. September, sowohl der Minister für Industrie und Arbeit, U Shwe, als auch Innenminister U Sein Mya entlassen wurden. Neuer Innenminister wurde U Ko Ko, neuer Industrieminister U Maung Kan. Der Schritt wurde vom Sender der kommunistischen Untergrundorganisation als Beweis dafür gewertet, daß Ne Win trotz seines Anspruchs, die Macht an das Volk gegeben zu haben, tatsächlich selbst die Kontrolle über die Regierung ausübe (FE 4102).

## 2. Thailand

**Inneres und Wirtschaft** Feldmarschall Thanom Kittikhachorn verfügte am 31. August die Einsetzung eines Komitees unter Vorsitz von General Charusathien, dessen Aufgabe es ist, eine Reisknappheit zu bekämpfen (W 689). Gleichzeitig wurden Restriktionen im Hinblick auf den Reixport unternommen, um die Preise für das Grundnahrungsmittel nicht weiter ansteigen zu lassen (FE 4087). Der Reis spielt auch im Hinblick auf die Terroristentätigkeit eine gewisse Rolle: So erklärte der Gouverneur der Provinz Phattalung am 5. September, daß die Regierung 40 Reismühlen in der Provinz zu vorübergehender Schließung aufgefordert habe, um den Terroristen keine Möglichkeit der Benutzung zu geben (MD 5. 9. 72). Am 21. September wurde General Charusathien stellv. Vorsitzender des Nationalen Exekutivrates, mit Wirkung vom 1. Oktober auch zum amtierenden Generaldirektor der Polizei ernannt (FE 4102).

**Außenpolitik** Am 5. September wurde in Bangkok der neue Generalsekretär der SEATO, Sunthorn Hongladorom, in sein Amt eingeführt, wobei er seiner Überzeugung hinsichtlich der Bedeutung dieser Organisation für die Sicherheit und die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer Ausdruck gab (FE 4086).

Feldmarschall Kittikhachorn würdigte anlässlich des Jahrestages des Hilfsabkommens mit den USA die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten und gab Einzelheiten über das Kooperationsprogramm für das Jahr 1972 bekannt. Danach erhielt Thailand insgesamt 336 Mio. Baht für 30 Projekte, die vor allem die öffentliche Sicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung betreffen (FE 4100).

## 3. Kambodscha

Als Folge der seit Mitte August von Kommunisten besetzten Straßenverbindungen zwischen der Hauptstadt und der Reisprovinz Battambang und eines stetig wachsenden Flüchtlingsstroms in die Hauptstadt kam es zu einer Lebensmittelkrise in Phnom Penh, die zu zahlreichen Plünderungen führte. Zwar sagten die USA Reislieferungen im Werte von 12,5 Mio. und Japan in Höhe von 5 Mio. Dollar zu, doch ist damit die wirtschaftliche Krise nicht überwunden, da infolge von Kriegseinwirkung und Witterungsbedingungen 35–50% der Ernte in Gefahr sind (NZZ 14., 22. 9. 72). Am 3. September wurden die ersten Parlamentswahlen nach dem Sturz von Prinz Sihanouk abgehalten, die einen Sieg (89% der Stimmen) und damit alle 126 Sitze der Nationalversammlung für die Regierungspartei, die „Sozial-Republikanische Partei“, brachten, was u. a. darauf zurückzuführen ist, daß die beiden anderen größeren Parteien, die „Demokratische Partei“ und die „Republikanische Partei“, die Wahlen mit dem Hinweis auf das „verfassungswidrige und undemokratische Wahlsystem“ boykottierten (NZZ 7. 9. 72). Am 14. September wurde das neue Unterhaus von Präsident Lon Nol vereidigt (JAT 15. 9. 72). Auch die am 17. September durchgeführten Wahlen zum Oberhaus wurden von der „Sozial-Republikanischen Partei“ gewonnen, der alle 32 Senatorensitze zufielen (JAT 19. 9. 72). Tatsächlich soll die Beteiligung an diesen Wahlen ausgesprochen gering gewesen sein und außer den Militärs und den Beamten kaum jemand gewählt haben (NZZ 22. 9. 72). Mitte September gab Staatschef Lon Nol den Oberbefehl über die Streitkräfte des Landes an den bisherigen Befehlshaber der zweiten Militärregion, Generalleutnant Sosthene Fernandez, ab (SZ 19. 9. 72), der am 27. September Verfügungen erließ, die die militärische Disziplin stärken sollen und die u. a. eine ständige Anwesenheit der Soldaten bei ihren Einheiten und das ständige Tragen der Uniform verlangen, ebenso wie das Mitführen von Waffen allgemein verboten und auf den Einsatz beschränkt wurde (FE 4105).

## 4. Laos

Prinz Souvanna Phouma erklärte am 4. September in einem Interview zum Stand der Gespräche mit den Kommunisten, daß er den Fünf-Punkte-Vorschlag der Pathet Lao als Diskussionsgrundlage akzeptiert habe, daß aber eine Übereinkunft nur auf der Basis eines

Kompromisses erfolgen könne. Im Hinblick auf den Status des Königreiches Laos gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß Laos neutral und unabhängig werden könne, wenn die Signatarstaaten des Laos-Abkommens von 1962 auch die anderen Staaten zur Respektierung des Abkommens veranlassen könnten (FE 4086). Die Gespräche zwischen den beiden Seiten selbst sollen in Kürze wieder aufgenommen werden, nachdem sich Souvanna Phouma mit Souphanouvong darüber verständigt hatte, daß eine Delegation des Pathet Lao nach Vientiane kommt (FE 4101, 04, 05).

Am 9. September hielt die „Neutralistische Partei“ (Lao Pen Kang) eine Konferenz unter Führung von Prinz Souvanna Phouma ab, auf der die Reaktivierung der Partei im gesamten Lande beschlossen und eine Ausweitung der Parteiarbeit unter Beteiligung der Bevölkerung ausdrücklich gewünscht wurde (FE 4093).

## 5. Nordvietnam

Anläßlich des 27. Jahrestages der Gründung Nordvietnams am 1. September hielt Pham Van Dong auf einer Massenveranstaltung eine ausführliche Rede, in der er nachdrücklich die feste Haltung Nordvietnams gegenüber den USA betonte, die Vietnamisierungs-Politik der USA verurteilte und auf die Erfolge der letzten 27 Jahre verwies, gleichzeitig das Volk zu größeren Anstrengungen bis zum „Endsieg“ aufforderte (FE 4084). Weiterhin im Mittelpunkt der Innenpolitik steht die Diskussion über das Verhältnis von Armee zu Volk und Armee zu Partei, stets verbunden mit sich aus der Kriegssituation ergebenden Problemen, sei es im Hinblick auf die Verteidigung oder die Versorgungslage (FE 4085, 87, 4103, 04). Am 10. September begann das neue Schuljahr, das unter den Leitsatz des „Antiamerikanismus“ gestellt wurde. Nach Erziehungsminister Nguyen Van Huyen wird mit mehr als 5 Millionen Studenten, 500 000 Schulanfängern und fast einer Million Kindern für die Kindergärten gerechnet (FE 4091, 92).

Mit Japan wurde am 4. 9. ein Abkommen über den Austausch wissenschaftlicher Informationen unterzeichnet (Kyodo 4. 9., FE 4085); mit Kuba wurde ein Hilfsabkommen und ein Protokoll über den Warenaustausch für 1973 vereinbart (TASS 21. 9. 72). Mit einer Reihe von Staaten wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart: Kamerun (VNA 1. 9., FE 4086), Äquatorial-Guinea (VNA 5. 9., FE 4086), Sambia (NCNA 15. 9. 72).

## 6. Südvietnam

Am 11. September wurde Generalleutnant Hoang Xuan Lam zum Inspekteur der zivilen Verteidigungskräfte ernannt; zuvor war er Kommandeur des 1. Korps der 1. Militärregion gewesen (FE 4091). Der neue Vorschlag des Vietkong vom 11. September für die Bildung einer „Drei-Parteien-Koalitionsregierung“ wurde vom Außenministerium in Saigon zurückgewiesen und gleichzeitig bekräftigt, daß Süd-Vietnam „niemals“ einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten, in welcher Form auch immer, zustimmen werde (NZZ 13., 14. 9. 72).

## 7. Vietnamverhandlungen

Im Monat September wurden in Paris vier Sitzungen der Vietnamkonferenz durchgeführt, womit dieses Plenum insgesamt 161 mal tagte (VNA 7. 9., FE 4088, VNA 21. 9. 72, FE 4100, VNA 28. 9., FE 4106). Wie auch bisher blieben diese Gespräche ohne greifbare Ergebnisse, zumal die wohl effektiveren Beratungen zu diesem Thema gleichzeitig auf der Basis von Geheimgesprächen zwischen dem US-Sicherheitsberater Henry Kissinger und dem nordvietnamesischen Chefunterhändler Le Duc Tho geführt wurden. Im Zusammenhang damit tauchten Berichte über einen bevorstehenden Waffenstillstand auf, die jedoch weder eine Bestätigung fanden noch dementiert wurden (FAZ 27. 9., NZZ. 30. 9., 2. 10. 72).



## D. Ostasien

### 1. Volksrepublik China

**Inneres und Wirtschaft** Die offizielle Berichterstattung über die innenpolitische wie wirtschaftliche Entwicklung stand weiterhin im Zeichen von Meldungen über Erfolge auf dem Bereich der Wirtschaftsentwicklung (FE 4986, 87, 4091, 93, 4100, 03); der parteipolitischen Schulung in den einzelnen Provinzen (FE 4093, 4092) und Fortschritten auf dem Gebiete des Erziehungs- und Hochschulwesens (FE 4088, 4104, 05). Insgesamt sollen seit Anfang des Jahres mehr als 400 000 jugendliche Schulabsolventen aufs Land bzw. in die Grenzgebiete geschickt worden sein, um am „sozialistischen Aufbau des Vaterlandes teilzunehmen“ (R. Peking 11. 9. 72). Große Aufmerksamkeit wird auch der ideologischen Schulung der Armee gewidmet, wobei der Sturz von Lin Piao personelle Auswirkungen bis in die Garnisonen der Provinzen hatte. Offensichtlich scheint es aber gelungen zu sein, die Armee wieder der Partei unterzuordnen (MD 12. 9. 72).

**Außenpolitik / Asien** Vom 25. bis 30. September hielt sich der Premierminister J a p a n s , Kakuei Tanaka, in China auf (vgl. dazu Japan, das gemeinsame Kommuniqué nach NCNA 29. 9. in FE 4106). Im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen erklärte Ministerpräsident Chou En-lai, daß auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Handel auf privater Ebene mit jenen Firmen, die bereits früher mit Peking Handel trieben, fortgesetzt werde (R. Japan 13. 9. 72). Hinsichtlich der K o r e a f r a g e trat Peking nachdrücklich für eine Erörterung dieses Problems vor den Vereinten Nationen ein (NCNA 8. 9. 72), mußte dabei jedoch eine Vertagung dieses Themas und eine Ablehnung seines Resolutionsantrages in Kauf nehmen (NCNA 18. 9. 72). Die Kaiserin des I r a n , Farah Pahlevi, hielt sich vom 18. bis 27. September in China zu einem offiziellen Besuch auf. Sie wurde u. a. von Ministerpräsident Amir Abbas Hoveida begleitet und führte Gespräche mit Premier Chou En-lai und Außenminister Chi Peng-fei; als Zeichen besonderer Würdigung wurde die Kaiserin auch von Mao Tse-tung persönlich empfangen (NCNA 20.–26. 9., FE 4100–05). Anlässlich eines asiatischen Tischtennisturniers kam es zu einem ersten direkten Kontakt mit T h a i l a n d , da Premier Chou En-lai mit einem Begleiter der Mannschaft, dem stellv. Direktor der Abteilung Wirtschaft, Finanzen und Industrie im Nationalen Exekutivrat, Prasit Kanchanawat, zusammentraf (NCNA 5. 9., FE 4086). Am 16. 9. wurde mit S r i L a n k a ein Kreditabkommen für die Lieferung eines Frachtschiffes unterzeichnet (NCNA 16. 9. 72). Vom 18. bis 23. September wurde in der M o n g o l i s c h e n V R das jährliche Treffen über den Eisenbahnverkehr zwischen beiden Staaten abgehalten und ein neues Protokoll darüber unterzeichnet (NCNA 27. 9., FE 4105).

**Sonstige** Zu dem Terrorakt während der Olympischen Spiele in München äußerte sich der chinesische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Huang Hua: „Es ist ein Unglück, daß sich der olympische Zwischenfall ereignet hat. Wir haben uns niemals für solch abenteuerliche Terrorakte ausgesprochen.“ (NCNA 11. 9., FE 4092). Mit der B R D wurde am 29. September ein gemeinsames Kommuniqué über den erfolgreichen Abschluß von Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen veröffentlicht, in dem Außenminister Scheel zu einem Besuch nach China eingeladen wurde (HNA Nr. 5330, 30. 9. 72). Die S o w j e t u n i o n und mit ihr die Staaten des Sowjetblocks verurteilten in einer Reihe von ähnlichen Artikeln die Politik Chinas insbesondere im Hinblick auf die Politik Chinas in den Vereinten Nationen (Isv 9. 9., Pr 13. 9. 72) und gegenüber den USA (Pr 14. 9., 23. 9. 72). Besorgnis wurde anlässlich der Entwicklung der Beziehungen zu Japan geäußert (Pr 26. 9., 30. 9. 72). Bemerkenswert ist der ausführliche Artikel, der unter dem Pseudonym „I. Alexandrov“ am 5. 9. von der Prawda unter dem Titel „Über einige taktische Besonderheiten der gegenwärtigen Peking politik politischen Führung“ publiziert wurde und eine ausgesprochen scharfe Kritik an der Politik Pekings beinhaltet. Mit T o g o wurde am 26. September die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (NCNA 26. 9.), am 27. 9. wurde ein Wirtschaftshilfeabkommen unterzeichnet (NCNA 27. 9.).

## 2. Republik China (Taiwan)

**Innenpolitik** Am 29. Juni verkündete Präsident Chiang Kai-shek, daß entsprechend einer Entscheidung der 5. Vollsitzung der Nationalversammlung (vom 2. 2. bis 25. 3.) im Dezember 1972 bzw. Februar 1973 53 zusätzliche Mitglieder für die Nationalversammlung, 51 für den Legislativ-Yüan und 15 für den Kontroll-Yüan gewählt werden sollen (FCN 30. 6. 72). Insgesamt zählt die Nationalversammlung 1365 Mitglieder, der Legislativ-Yüan 426 und der Kontroll-Yüan 65, die den Anspruch erheben, für Gesamtchina (also einschließlich des Festlandes) repräsentativ zu sein.

**Wirtschaft** Mit einem Zehn-Jahres-Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung und einem Vier-Jahres-Plan zur landwirtschaftlichen Entwicklung versucht die Regierung den sich ankündigenden Rückschlägen aus der politischen Situation zu überwinden. Als Ziele des Zehn-Jahres-Planes zur Modernisierung und Industrialisierung ist eine jährliche Zunahme des Brutto-sozialproduktes um 8,5%, die Schaffung von 180 000 neuen Arbeitsplätzen jährlich sowie eine Zunahme der Ex- und Importe von etwa 12% avisiert, um die wichtigsten Anliegen zu nennen. Die Bevölkerungszahl soll künftig nur mehr um etwa 2% steigen dürfen, was eine Senkung des Bevölkerungswachstums bedeutet (SZ 8. 8. 72).

**Außenpolitik** Das Verhältnis zu Japan, einem der ehemals engsten Verbündeten, wurde infolge der Änderung der Haltung Japans in der Chinafrage abrupt beendet. Waren die sich anzeigenden Änderungen in der Chinapolitik Japans nach dem schockierenden Schritt Präsident Nixons mit großer Sorge beobachtet worden, da für die politische Existenz der Republik China die engen wirtschaftlichen Verbindungen zu Japan lebensnotwendig sind, so wurde mit dem Wahlsieg von Tanaka die Befürchtung zur Gewißheit und der Bruch unvermeidlich. Nachdem Premierminister Chiang Ching-kuo die Annäherung Japans an Peking als einen „äußerst unfreundlichen Akt“ gegenüber Taipeh verurteilt und Japan davor gewarnt hatte, „Beute der politischen Intrigen des Mao-Regimes zu werden“ (JAT 10. 8. 72), folgte unmittelbar nach der Veröffentlichung des Kommuniqués anlässlich des Besuches von Tanaka in Peking durch das Außenministerium in Taipeh der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan. In der Erklärung wird Japan des Vertragsbruchs bezichtigt, während der Wirtschaftsminister den stufenweisen Abbau der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Japan ankündigte (NZZ 2. 10., FE 4109). Erste Auswirkungen dieser Entwicklung zeigten sich bereits in den Monaten zuvor, beispielsweise durch die Schließung des Verbindungsbüros von Osaka am 20. Juni (JAT 21. 6. 72), während die chinesische Regierung Anfang September eine Beschränkung der Einzelausfahrten nach Japan in allen Warengattungen auf einen Wert von maximal je 20 000 Dollar beschloß (R. Japan 13. 9. 72). Die japanischen Investitionen in Taiwan sind dabei bereits seit 1971 rückläufig – 1971 waren sie mit einem Wert von 12,4 Mio. Dollar um 56,5% geringer als im Jahre zuvor –, was größtenteils auf eine Zurückhaltung japanischer Firmen seit dem Ausschluß Taiwans aus den Vereinten Nationen zurückgeht, da Peking ein Engagement auf Taiwan mit einem Ausschluß vom Chinahandel beantwortet (vgl. NZZ 15. 6. 72).

In Argentinien wurde am 15. August ein Handelsbüro eröffnet, wobei es sich um die frühere Botschaft Chinas in Buenos Aires handelt, die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen dieses Staates mit Peking geschlossen wurde. Amtlichen Verlautbarungen zufolge hat das Büro „keinerlei offizielle Funktion“ und dient lediglich Handel und Tourismus (JAT 17. 8. 72). Schwerpunkt der außenpolitischen Aktivität Taipehs ist nach wie vor der afrikanische Raum, was durch einen aktiven Delegationsaustausch demonstriert wird. Hier wie auch im Nahen Osten versucht Taipeh ihre Positionen gegenüber dem Alleinvertretungsanspruch Pekings zu halten und wenn möglich auszubauen. Anfang September wurde beispielsweise Jordanien technische Hilfe für Ölbohrungen angeboten, während mit Gabun ein neuer Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft unterzeichnet wurde (MD 10. 9. 72).

## 3. Japan

**Inneres und Wirtschaft** Das Verteidigungsamt beschloß am 29. August für das nächste Finanzjahr (ab April 1973) eine Veranschlagung des Budgets auf 978 200 Mio. Yen, was einen

Anstieg um 22,2% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das Arbeitsprogramm sieht für diese Zeit die Entwicklung einer Boden-Luft-Rakete sowie u. a. die Einberufung von 2143 Soldaten für die Marine und 1391 für die Luftwaffe vor (Kyodo 29. 9., FE 4081).

Die langfristigen wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung Tanaka hat dieser in einem Buch mit dem Titel „Studie über die Umgestaltung des japanischen Archipels“ umrissen, das auf drei großen Zielsetzungen basiert: 1) Zentralisierung und Umsiedlung der Industrie von der pazifischen Küstenregion in die dünner besiedelten Gebiete des Hinterlandes, 2) Anlage neuer mittelgroßer Städte und Ausbau kleinerer Städte abseits von bisherigen Ballungszentren sowie 3) Schaffung eines integrierten Nachrichten- und Verkehrssystems im ganzen Lande. Mit diesem Plan sollen die Übel des raschen wirtschaftlichen Wachstums beseitigt und ein „lebenswertes Leben“ für jeden verwirklicht werden. Der Schwerpunkt liegt also auf einer qualitativen Verbesserung des Erreichten und einer Expansion der sozialen Einrichtungen (vgl. NZZ 22. 9. 72). Mitte September annullierte die Regierung den Vorrang für Inlandsprodukte gegenüber eingeführten Erzeugnissen und hob eine entsprechende Kabinettsvorlage von 1963 auf. Der Schritt erfolgt in Zusammenhang mit den Zahlungsbilanzüberschüssen und der Zunahme der Devisenreserven; gleichzeitig wurde das „domestic product promotion center“ aufgelöst. Mit Wirkung vom 30. September wurde die Exportfinanzierung abgeschafft; auch diese Maßnahme ist unter dem Aspekt der Verbesserung der Zahlungsbilanz und der Devisenreserven getroffen worden (NZZ 15. 9. 72).

**Außenpolitik / Asien** Außenpolitischer Höhepunkt im Berichtszeitraum war der Besuch von Ministerpräsident Tanaka in der Volksrepublik China vom 25. bis 30. September. Diese Reise setzte eine radikale Änderung der japanischen Haltung in der Chinafrage voraus, die nur auf der Grundlage der geänderten Chinapolitik der USA möglich war. Während seines Aufenthaltes in China führte Tanaka, der u. a. von Außenminister Ohira begleitet wurde, Gespräche mit Premier Chou En-lai und wurde außerdem am 27. September von Mao Tse-tung persönlich zu einem „wichtigen und freundschaftlichen Gespräch“ empfangen. Am 29. September wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der dem „glühenden Wunsch“ nach Normalisierung der Beziehungen Ausdruck gegeben wird: Japan bedauert „außerordentlich“ die Schäden, die es China im letzten Krieg zufügte. Mit dem Tag der Veröffentlichung der Erklärung wurden die Beziehungen zwischen beiden Staaten normalisiert, Japan erkennt die VR China als „einzige legitime Regierung Chinas“ an und respektiert den chinesischen Standpunkt, daß Taiwan „unveräußerlicher Teil des Territoriums der VR China ist“. Gleichzeitig werden diplomatische Beziehungen aufgenommen, wobei betont wird, daß diese sich nicht gegen „dritte Länder“ richte und keines der beiden Länder „eine Hegemonie in der asiatisch-pazifischen Region anstrebt“ bzw. gegen entsprechende Bemühungen anderer Staaten vorgehen wird. Außerdem sollen Abkommen über Handel, Schifffahrt, Luftfahrt, Fischerei usw. zur weiteren Entwicklung der Beziehungen geführt werden (FE 4102–06, FAZ, NZZ 2. 10. 72). Wirtschaftspolitisch ist die Vereinbarung, den Handel künftig über die Zahlungsmittel der beiden Staaten abzuwickeln, von Bedeutung, da Japan den Yüan damit zum ersten Mal als Handelswährung akzeptierte. Gleichzeitig wurde von japanischen Unternehmern vor einer allzu schnellen Ausweitung des Chinahandels wie überhaupt vor übertriebenen Hoffnungen im Hinblick auf das Ausmaß diese Handels gewarnt (Kyodo 23. 9. 72, W 692, FAZ 18. 9. 72).

Der Leidtragende der neuen Chinapolitik ist die Republik China. Zwar entsandte Japan eine Delegation unter der Leitung des früheren Außenministers Shiina zur Erläuterung ihrer Chinapolitik vom 16. bis 19. 9. nach Taipeh, doch handelte es sich dabei mehr um einen Höflichkeitsbesuch denn um tatsächliche Verhandlungen (FAZ 19. 9., MD 21. 9. 72) (vgl. Republik China).

Vom 5. bis 6. September wurde in Südkorea eine japanisch-koreanische Ministertagung durchgeführt, deren Hauptthemen die Beziehungen Japans zu Nordkorea und die Behandlung der Koreafrage vor der UNO waren. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurde Südkorea u. a. ein Darlehen in Höhe von 52 400 Mio. Yen gewährt und ein weiterer Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen vereinbart (Kyodo 6. 9., W 690, NZZ 7. 9. 72). Am 19. September wurde außerdem ein Kredit im Werte von 7,7 Mia. Yen für den Ankauf von Maschinen und Fabrikanlagen aus Japan vereinbart (R. Japan 19. 9. nach MD). Birma wurde am 22. September eine Anleihe in Höhe von 3,6 Mia. Yen zur Finanzierung von Industrieprojekten bei einer Laufzeit von 20 Jahren gewährt (Jiji Press 22. 9. 72) (vgl. Nordkorea).

**Europa** Großbritanniens Premierminister Edward Heath besuchte vom 16. bis 19. September als erster britischer Premier Japan, wo er dem gemeinsamen Kommuniqué zufolge mit der Regierung vor allem die Stabilisierung des Handels bei einer Steigerung der Investitionen besprach. „Weitgehend einig“ war man sich über die meisten erörterten internationalen Themen, während die bilateralen Kontakte als „befriedigend“ bezeichnet wurden. Auf einer Pressekonferenz betonte Heath die besondere Verantwortung Japans im Hinblick auf den Abbau des Handelsüberschusses mit Europa, wobei er das Vorgehen der USA, japanische Exporte auf Europa abzurängen, als „beunruhigend“ bezeichnete (NZZ 19. 9., 21. 9. FAZ 19. 9. 72).

**Sozialistische Staaten** Am 21. September richtete Tanaka ein persönliches Schreiben an den Parteichef der KPdSU, Leonid I. Breschnew, in dem er unter Hinweis auf den bevorstehenden Besuch in China und seine Unterredung mit Präsident Nixon feststellte, daß Japan auch enge Beziehungen mit der UdSSR wünsche und darauf hoffe, einen Friedensvertrag abzuschließen. Er bat Breschnew um Unterstützung insbesondere im Hinblick auf die Kurilen-Frage wie auch andere bilaterale Probleme (Kyodo 21. 9., FE 4100). Während die Verhandlungen über eine Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen weitergehen, ist die Haltung der Sowjetunion in der Kurilen-Frage weiterhin von widersprüchlichen Meldungen gekennzeichnet – eine Lösung scheint nicht in Sicht.

**Sonstige.** In dem Disput mit den USA um die Panzernachschubtransporte nach Vietnam beschloß die Regierung die USA in Verhandlungen aufzufordern, die Reparaturarbeiten zu reduzieren und später eventuell einzustellen und außerdem nahezu legen, die reparierten Panzer nicht mehr nach Südvietnam zu bringen. Die entsprechenden Äußerungen von Außenminister Ohira sind allerdings recht vage gehalten, so daß von einer – wie es die Opposition forderte – Schließung des Depots in der Nähe von Yokohama nicht gesprochen werden kann (NZZ 15. 9. 72).

#### 4. Südkorea

**Innenpolitik** Trotz der wenn auch begrenzten Annäherung zwischen beiden Teilen Koreas ist innenpolitisch keine Lockerung festzustellen, grenzt sich Seoul weiter vom Norden ab. Ende Juni wurde ein Brigadegeneral zum Tode, ein anderer zu lebenslanger Haft und mehrere Oberste zu langen Gefängnisstrafen wegen Korruption verurteilt (FAZ 1./2. 7. 72), während Mitte Juli weitere Todesurteile gegen Angehörige eines Spionageringes aus dem Norden verhängt und teilweise bereits vollstreckt wurden (NZZ 18. 7. 72). Zum 24. Jahrestag der Verfassung rief Präsident Park Chung Hee „zu weiteren Bemühungen auf“, um die friedliche Wiedervereinigung innerhalb des Verfassungsauftrags verwirklichen zu können (JAT 18. 7., FE 4044).

**Wirtschaft** Mit einer Reihe neuer Maßnahmen versucht Präsident Park Chung Hee die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren. Im einzelnen müssen alle Unternehmen offenlegen, wie hoch ihre privaten Kreditverpflichtungen sind, außerdem wurde ein Moratorium für alle privaten Anleihen an Industrieunternehmen und ein Preisstopp auf dem Stand des 3. August verkündet; die Zinsen wurden um etwa die Hälfte reduziert. Die Regierung hofft, damit die ungünstige Entwicklung der Zahlungsbilanz zu bremsen und die Spirale der steigenden Preise, steigenden Kosten, Betriebsstillegungen und Entlassung zu brechen (FAZ 14. 8. 72). In seiner Budget-Rede erklärte der Präsident am 2. September, daß die Regierung die Preissteigerung auf einer Rate von 3% halten wolle. Der Gesamtumfang des Budgets beträgt 698 000 Mio. Won und 62 000 Mio. Won für das revidierte Budget des laufenden Jahres (W 688, 690).

**Außenpolitik** Vom 27. bis 28. 6. berieten die Verteidigungsminister der USA und Südkoreas über die amerikanische Militärhilfe und vereinbarten u. a. den Verkauf dreier Patrouillenboote. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigte Laird die amerikanische Sicherheitsgarantie für Südkorea und bestätigte, daß die insgesamt 40 000 Mann zählenden US-Truppen in Südkorea bis zum Ende des Finanzjahres 1973 beibehalten würden (NZZ 30. 6. 72). Vom 16. bis 25. August besuchte Außenminister Yong Shik Kim Japan, die Philippinen und Indien, wo er vor allem Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörterte (FE

4073). Vom 8. bis 12. September hielt sich der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, zu einem offiziellen Besuch in Südkorea auf, wobei neben den bilateralen Beziehungen die innerkoreanischen Gespräche im Mittelpunkt standen (FAZ 13. 9. 72). Am 7. September beschloß Südkorea den endgültigen Abzug seiner Truppen aus Südvietnam, der beginnend ab Dezember innerhalb von sechs Monaten erfolgen soll. Dieser Schritt ist sowohl im Zusammenhang mit dem amerikanischen Disengagement als auch mit den innerkoreanischen Gesprächen zu sehen, während andererseits bereits im Juni für eine weitere Stationierung der Truppen von den USA eine Unterstützung in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar gefordert wurde (JAT 30. 6., NZZ 9. 9. 72).

## 5. Nordkorea

**Inneres und Wirtschaft** Vom 1. bis 6. Juli wurde die 4. Plenartagung des 5. Zentralkomitees der „Koreanischen Arbeiterpartei“ abgehalten, in dessen Mittelpunkt die Beziehungen zu Südkorea standen, wobei gleichzeitig die Notwendigkeit der Verstärkung die ideologische Arbeit betont wurde; ein weiterer Hauptpunkt war die Reform des Erziehungswesens, die u. a. die Einführung eines zehnjährigen Hochschulsystems vorsieht (FE 4036). Die Reform trat am 1. September in Kraft und sieht im einzelnen eine elfjährige Schulpflicht vor, wobei der Staat jedem Kind Kleidung und Lehrmittel „fast kostenlos“ zur Verfügung stellt (FE 4090).

Für die ersten sechs Monate des Jahres 1972 wurde eine vorfristige Erfüllung der Produktionspläne der Stahlindustrie gemeldet, wonach im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 20% erreicht wurde. Im einzelnen stieg die Produktion von Roheisen um 10%, von Stahlkabeln um 20% und die von Stahlrohren um 150% (KCNA 31. 7., W 685).

**Außenpolitik** Eine Delegation der Komeito aus Japan besuchte vom 30. Mai bis 6. Juni Nordkorea. Im gemeinsamen Kommuniqué wurde die friedliche Wiedervereinigung Koreas, der Abzug der amerikanischen Truppen und die Auflösung des Vertrages zwischen Südkorea und Japan gefordert (FE 4010). Anfang September forderte Ministerpräsident Park Sung Chul Japan auf, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, wobei er gleichzeitig zu verstehen gab, daß die Beziehungen Japans zu Südkorea einer Normalisierung mit Nordkorea nicht im Wege stünden (SZ 9./10. 9. 72). Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten entwickelten sich kontinuierlich – in den ersten sechs Monaten des Jahres 1972 ist eine Steigerung des Handelsaustauschs um 75,3% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Der Gesamtumfang in dieser Zeit betrug 50 370 000 US-Dollar, insgesamt erwartet man für 1972 einen Handelsvertrag von 100 Mio. Dollar (Kyodo 4. 8., W 685). Mehrere Delegationen aus der UdSSR besuchten Nordamerika im Berichtszeitraum: eine nahm im Juni an der turnusmäßigen Tagung eines gemeinsamen Konsultativausschusses über wirtschaftliche und wissenschaftliche Fragen teil, eine andere unter der Leitung des ZK-Sekretärs K. F. Katushev hielt sich vom 3. bis 11. September in Nordkorea auf, wo sie offiziellen Stellungnahmen zufolge bilaterale Fragen besprach (TASS 12. 9. 72); es kann als sicher gelten, daß das eigentliche Hauptthema die innerkoreanischen Gespräche waren. Eine gesteigerte Aktivität der nordkoreanischen Außenpolitik ist im Hinblick auf den Nahen Osten und Afrika festzustellen: im Juli besuchte eine Delegation aus dem Yemen Nordkorea (FE 4053), im September hielt sich der Vizepräsident von Sambia in Pjöngjang auf (FE 4104), und am 9. September wurden mit Senegal diplomatische Beziehungen aufgenommen (FE 4091).

Mit einer Reihe weiterer Staaten wurden Abkommen unterzeichnet: mit der DDR wurden am 10. 6. die Ratifizierungsurkunden für einen Vertrag über gegenseitige Rechtsbeihilfe ausgetauscht (ADN 12. 6.), mit Kuba wurde am 15. Juni ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Rundfunkwesen unterzeichnet (KCNA 20. 6., W 680), mit Bulgarien am 24. Juni eines über Postdienst und Fernmeldetechnik (KCNA 26. 6.), mit Chile am 14. Juni eines über technisch-wirtschaftliche Kooperation sowie ein Handelsprotokoll für 1972/73 (KCNA 17. 6., FE 4017).

## 6. Innerkoreanische Beziehungen

Nach geheimen Gesprächen zwischen Regierungsvertretern Nord- und Südkoreas wurde am 4. Juli eine „Gemeinsame Erklärung des Nordens und des Südens“ veröffentlicht, in der beide Seiten feststellten, daß sie „volle Übereinstimmung“ über die Prinzipien der Wiedervereinigung des Landes erzielt haben. Diese müsse unabhängig, ohne Einmischung von außen und mit friedlichen Mitteln erreicht werden; es wurde außerdem vereinbart, die gegenseitige Propaganda einzustellen und einen vielseitigen Austausch auf zahlreichen Gebieten zur Wiederherstellung der nationalen Bindungen durchzuführen. Zum Zwecke der Förderung dieser Vereinbarungen wurde ein Nord-Süd-Komitee gebildet (FE 4034, TASS 4. 7. 72. FAZ 5. 7., NZZ 6. 7. 72). Diese überraschende Entwicklung in den Beziehungen beider koreanischen Staaten, die sich bis dahin praktisch unversöhnlich gegenüberstanden waren, ist letztlich auf die Neuorientierung der amerikanischen Asienpolitik zurückzuführen, die wie in Japan auch in Korea zu einer Besinnung auf den eigenen Standort führte. Am 30. August fand die erste Vollkonferenz der Rot-Kreuz-Gesellschaften beider Staaten in Pyongyang statt, wobei eine auf einer Vorbereitungskonferenz ausgehandelte Tagungsordnung bestätigt wurde, die in insgesamt fünf Punkten Fragen der Familienzusammenführung regelt (MD 1. 9., FAZ 31. 8. 72). Auf einer zweiten Konferenz am 14. September wurde in einem gemeinsamen Kommuniqué festgelegt mit den eigentlichen Sachverhandlungen auf den nächsten Treffen, die am 24. Oktober in Pyongyang und am 22. November in Seoul stattfinden, zu beginnen. Beide Seiten äußern sich befriedigt über die „fruchtbaren Ergebnisse“ der Konferenz (NZZ 10. 9., FE 4092). Insgesamt betrachtet ist diese Entwicklung der Koreafrage zu begrüßen, demonstriert sie doch, daß beide Seiten nach mehr als zwanzigjähriger Konfrontation und erbitterter Feindseligkeit bereit und in der Lage sind, die gemeinsamen Fragen auch gemeinsam anzugehen. Berücksichtigt man dabei allerdings die Stellungnahmen beider Regierungen bezüglich der Vorstellung der Herbeiführung der Wiedervereinigung, so ist darin nicht festzustellen, daß sich die Meinungen im Gegensatz zu früher angenähert hätten – jeder beharrt auf der Richtigkeit „seines Weges“. Ein allzu großer Optimismus über den Ausgang der Gespräche ist also sicherlich nicht angebracht.

## 7. Mongolische Volksrepublik

Vom 7. bis 10. Juni fand in Ulan Bator der 16. Kongreß der Mongolischen Revolutionären Jugendliga (MRYL) statt, der von Parteichef Yu. Tsendenbal eröffnet wurde und an dem Vertreter von mehr als 30 Jugendorganisationen aus aller Welt teilnahmen (SWBFE 4010, 4013). Am 10. Juni wurden Wahlen für die örtlichen Huralen abgehalten, bei denen 99,99(!) der Wahlberechtigten ihre Stimme für die 14 200 Abgeordneten abgaben (SWBFE 4021). Am 29. Juni wurde der erste stellv. Vorsitzende des Ministerrates, Sonomyn Luvsan, zum ersten stellv. Vorsitzenden des Präsidiums des „Großen Volkshurals“ ernannt (SWBFE 4029, 4030); sein Nachfolger wurde Prof. Dondigyin Tsevegmid (geb. 1915, seit 1938 Mitglied der MPR, ehem. Botschafter in China, Burma, Indonesien und Pakistan) (SWBFE 4045).

Die Bevölkerung der Mongolischen VR beträgt nach offiziellen Angaben 1,265 Mio. und ist damit um 722 000 größer als 1921 (SWBFE 4031), die Zuwachsrate betrug in den letzten Jahren über 30 000.

Am 10. Juli gab das Parteiorgan „Unen“ die Übererfüllung des Wirtschaftsplanes für das erste Halbjahr 1972 bekannt; die Industrieproduktion stieg gegenüber dem Vorjahr um 8,6% der Außenhandel mit den sozialistischen Staaten um 11,4% (SWBFEW 682). Das Nationaleinkommen erhöhte sich in den letzten 10 Jahren um das 5,3fache, der Nahrungsmittelkonsum je Person/Jahr beträgt 150 kg Fleisch, 177 l Milch, 168 kg Getreide. Für 1000 Bürger gibt es 9,4 Krankenhausbetten und 1,8 Ärzte; die Lebenserwartung beträgt etwa 65 Jahre (SWBFEW 683).

Die 13. Konferenz der Gesundheitsminister der sozialistischen Staaten wurde vom 28. Juni bis 5. Juli in Ulan Bator abgehalten; zu ihrer Teilnahme waren Delegationen aus Bulgarien, Ungarn, der DDR, Kuba, Polen, der CSSR, Rumänien und der Sowjetunion in die MVR gekommen (FE 4027, 28, 37).

**Außenpolitik** Am 17. Juni wurde mit der UdSSR ein Abkommen über den Abbau von Mineralien unterzeichnet (W 678), Anfang Juli folgte die Gründung eines neuen Produktions-

komplexes in dessen Rahmen in Ulan Bator ein mongolisch-sowjetisches Zentrum für Bergbau und Geologie errichtet wird (W 682, 686). Am 15. September traf Tsedenbal während eines Aufenthaltes in der Sowjetunion mit Leonid Breschnew zusammen, mit dem u. a. die Nutzung der Bodenschätze der Mongolischen VR und die sowjetische Wirtschaftshilfe besprochen wurden (TASS 15. 9. 72). Der Außenminister der C S S R , Bohuslav Chnoupek, besuchte vom 9. bis 14. Juni die Mongolei, wo er u. a. mit seinem Amtskollegen L. Rinchin und Tsedenbal zusammentraf. Das gemeinsame Kommuniqué enthielt u. a. die Forderung nach einer Europäischen Sicherheitskonferenz, nach Ungültigkeit des Münchner Abkommens „von Anfang an“ und bestätigte die Notwendigkeit eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien (Text in FE 4018). Am 4. Juli wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gesundheitswesen unterzeichnet (FE 4037). Vom 5. bis 11. September besuchte eine Parlamentarierdelegation der CSSR unter der Leitung von Alois Indra die Mongolei (FE 4088, 91), und vom 18. bis 23. September hielt sich eine Delegation der mongolischen Armee unter der Leitung des Verteidigungsministeriums General Batyn Dorj in der CSSR auf (CTK 23. 9. 72). Außenminister Rinchin besuchte vom 21. bis 27. Juli Bulgarien, wobei das Abschlußkommuniqué im wesentlichen dem erwähnten mit der CSSR entsprach (Text BTA 27. 7. 72); am 10. August wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Akademie der Wissenschaften beider Staaten unterzeichnet (W 687). Mit Ungarn wurde am 24. Juni ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Bergbauwesen vereinbart (W 679). Vom 3. bis 8. Juli hielt sich der Vorsitzende des ungarischen Ministerrates Jenő Fock in Ulan Bator auf, wo er ein Protokoll über einen Kredit für die Jahre 1971 bis 75 unterzeichnete (TASS 8. 7. 72). Vom 1. bis 8. Juni reiste eine Delegation des Großen Volkshurals unter Führung ihres Vorsitzenden Prof. D. Tsevegmid in die DDR (ADN 8. 6. 72). Am 24. Juli wurde ein Arbeitsprotokoll über die Zusammenarbeit auf dem Fernseh- und Funkwesen für 1972/73 unterzeichnet (W 684), und am 25. August folgte ein Protokoll über den Handelsaustausch für 1973 (ADN 25. 8. 72).

Mit Bangla Desh wurde am 27. Juni die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (TASS 27. 6. 72), am 15. September folgte als 62. Staat Australien (TASS 15. 9. 72) (vgl. auch Japan).